

Umweltbericht

zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

1. Inhalt und Ziele der Flächennutzungsplanänderung

Mit der 75. Änderung des Flächennutzungsplanes soll im Wesentlichen ein Teil der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des Regenrückhaltebeckens an der Terbergerstraße in Burgsteinfurt geschaffen werden. Das gültige Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Steinfurt sieht unter dem Ordnungspunkt 1.1.10 die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens am RÜ B im Stadtteil Burgsteinfurt vor.

Dazu soll der überwiegende Teil der derzeit noch als „Grünfläche“ dargestellten Bereiches mit einer Größe von ca. 1,3 ha als „Fläche für die Abwasserbeseitigung“ ausgewiesen werden. Im Osten, die Steinfurter Aa begleitend, verbleibt ein Teil der Darstellung „Grünfläche“. Zur Klarstellung wird dieses mit dem Symbol für die Zweckbestimmung „Parkanlage“ ergänzt. Außerdem wird das Überschwemmungsgebiet entlang der Steinfurter Aa entsprechend den vorgesehenen Renaturierungsmaßnahmen in diesem Bereich angepasst.

Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt am 12.12.2013 gefasst.

2. Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes

2.1 Planungsrechtliche Vorgaben

Im seit dem 27. Juni 2014 Regionalplan Münsterland ist der Änderungsbereich überwiegend als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt, der fast vollständig von einem „Allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) eingerahmt ist. Der dargestellte ASB befindet sich an den nördlichen, westlichen und südlichen Rändern des Änderungsbereiches. Grundsätzlich entsprechen damit die Planungen zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes den Zielen der Raumordnung und Landesplanung.

2.2 Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten und für den Plan relevanten Ziele des Umweltschutzes

Innerhalb der Fachgesetze sind für die Schutzgüter Ziele und allgemeine Grundsätze formuliert, die im Rahmen der nachfolgenden Prüfung Berücksichtigung finden müssen. Im Rahmen der Bewertung sind vor allem solche Ausprägungen und Strukturen auf der einzelnen Schutzgutebene hervorzuheben, die im Sinne des jeweiligen Fachgesetzes

eine besondere Rolle als Funktionsträger übernehmen (z. B. geschützte Biotope als Lebensstätten streng geschützter Arten). Deren Funktionsfähigkeit ist unter Berücksichtigung der gesetzlichen Zielaussagen zu schützen, zu erhalten und ggf. weiterzuentwickeln.

Folgende Zielaussagen der Fachgesetze sind im vorliegenden Planfall relevant:

Ziele des Umweltschutzes		
Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Mensch	Baugesetzbuch Bundesimmissions- schutzgesetz inklusiv Verordnungen TA Lärm DIN 18005 GIRL 2008	<p>Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne, insbesondere die Vermeidung von Emissionen. Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge. Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und Lärminderung bewirkt werden soll.</p>
Tiere und Pflanzen	Bundesnatur- schutzgesetz / Landschaftsgesetz NW	<ul style="list-style-type: none"> ➤ die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume sowie ➤ die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sowie ➤ die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 7 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz) zu berücksichtigen.

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Boden	BBodSchG	<p>Ziele des BBodSchG sind</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als ➤ Lebensgrundlage und –raum für Menschen, Tiere, Pflanzen ➤ Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser – und Nährstoffkreisläufen, ➤ Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz) ➤ Archiv für Natur – und Kulturgeschichte ➤ Standorte für Rohstofflagerstätten, für land – und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. ➤ Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen ➤ Vorsorgeregelungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen ➤ Die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten. <p>Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.</p>
Wasser	Wasserhaushaltsgesetz Landeswassergesetz	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.</p>
Klima	Landschaftsgesetz NW	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (und damit auch der klimatischen Verhältnisse) als Lebensgrundlage des Menschen und Grundlage für seine Erholung.
Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz / Landschaftsgesetz NW	Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.

Direkte, für das eigentliche Plangebiet relevante Ziele sind die Vorgaben des Regionalplanes (vgl. Kap. 2.1).

Aus der nachfolgenden Analyse der Umwelteinwirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie diese hier dargelegten Ziele berücksichtigt werden.

Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Je höher die Intensität einer Beeinträchtigung des Vorhabens auf ein Schutzgut ist, umso geringer ist die Chance, die jeweiligen gesetzlichen Ziele zu erreichen.

2.3 Anthropogene Nutzungen und Einflüsse

Bei dem Änderungsbereich handelt es sich zurzeit um eine (private) Grünfläche, die im Stadtbereich von Burgsteinfurt liegt. Das Umfeld ist, im Vergleich zum Plangebiet, stark anthropogen geprägt. Im Norden liegt ein ehemaliges Fabrikgelände auf dem kurzfristig eine Wohnnutzung entsteht. Im Osten gibt es gewerbliche Nutzungen, dort ist eine ortsansässige Brauerei niedergelassen. Südlich des Plangebietes befindet sich Wohnbebauung. Im Westen gibt es Einzelhandelstrukturen, Wohnnutzung und Gewerbe. Des Weiteren verläuft weiter westlich die Landesstraße L 510, die Ochtruper Straße.

2.4 Naturräumliche Gliederung

Gemäß der naturräumlichen Gliederung liegt der Planungsbereich im Naturraum 541, der naturräumlichen Haupteinheit „Kernmünsterland“ der Westfälischen Tieflandsbucht, sowie der Untereinheit 541,0 "Burgsteinfurter Land" im Bereich des Altenberger Rückens.

2.5 Geologie und Boden

Das Geländere relief im umgebenden Landschaftsbereich ist als schwachwellig bis eben zu bezeichnen.

Der Boden besteht aus schluffigen Sanden gefolgt von Lockersedimenten bis Kreidemergel. Darauf folgt eine Schicht aus humosen Sanden, die als Plaggenesch interpretiert werden können.

In der Karte der schutzwürdigen Böden für den Kreis Steinfurt des Geologischen Dienstes NRW ist etwa die westliche Hälfte des Änderungsbereiches (6.800 qm) als Plaggenesch dargestellt, der aufgrund seiner Archivfunktion besonders schützenswert ist.

2.6 Wasser und Fließgewässer

Hinsichtlich des Schutzgutes Wasser sind die Bereiche Grundwasser und Oberflächengewässer zu unterscheiden.

In der Hydrogeologischen Karte NRW weist der umgebende Planungsraum ein geländeoberkantennahes Grundwasservorkommen auf, dies liegt an der unmittelbaren Nähe zur Steinfurter Aa. Wasserschutzgebiete sind im Planungsraum nicht ausgewiesen. Ökologisch wertvolle Stillgewässer sind im umgebenden Planungsraum nicht vorhanden.

Unmittelbar östlich des Änderungsbereiches verläuft die Steinfurter Aa. Das Regenrückhaltebecken soll das Niederschlagswasser der umgebenden Nutzungen aufnehmen und verlangsamt an die Steinfurter Aa abgeben. Entsprechend dem Planentwurf zum Regenrückhaltebecken, soll der bisherige Uferbereich der Steinfurter Aa insgesamt, aber auch im Bereich des zukünftigen Auslaufes, aufgeweitet werden.

2.7 Luft

Der Planbereich liegt unweit der Burgsteinfurter Innenstadt. Bei einer Nutzung als Regenrückhaltebecken ist davon auszugehen, dass es zu keiner Belastung durch Geruchsemissionen oder -immissionen kommt.

D.h., dass weder die Nutzung des Umfelds die künftige Nutzung des Regenrückhaltebeckens beeinträchtigt, noch umgekehrt das Rückhaltebecken zu Beeinträchtigungen für die Nutzungen im Umfeld (u.a. Wohnen, Einzelhandel und Gewerbe) führt. Sonstige Belastungen sind nicht zu erwarten.

2.8 Lärm

Für den Änderungsbereich sind keine Lärmbelastungen bekannt. Lediglich auf das im Nordosten angrenzende Gewerbe und den im Westen befindlichen Parkplatz des Einzelhandels ist zu verweisen. Eine negative Beeinträchtigung für die geplante Nutzung besteht jedoch nicht, da keine schutzbedürftige Nutzung vorgesehen ist. Auch das Regenrückhaltebecken selbst wird zu keine störenden Lärmimmissionen verursachen.

2.9 Klima

Das Steinfurter Stadtgebiet liegt im Klimabezirk Münsterland in der Westfälischen Bucht. Das Klima ist vom atlantischen Einfluss geprägt. Es zeichnet sich durch milde, schneearme Winter und mäßig warme, verhältnismäßig niederschlagsreiche Sommer aus. Kennzeichnend sind die ausgeglichenen Temperaturverhältnisse und langen Vegetationsperioden. Die Hauptwindrichtung ist Südwest. Die mittlere jährliche Niederschlagsmenge liegt bei etwa 720 mm. Die mittlere Lufttemperatur weist einen Jahresmittelwert von 9,5° C auf. Es ist somit von einem guten Luftaustausch und insgesamt günstigen Bioklima auszugehen.

3. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“)

Bei einem Verzicht auf die Durchführung des Planverfahrens ("Nullvariante") würden sich keine Eingriffe für die Schutzgüter ergeben, allerdings wäre die Umsetzung des Regenrückhaltebeckens nach Vorgabe des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Steinfurt somit nicht möglich.

Die Entwicklungen und ihre Auswirkungen sind im Detail jedoch nur schwer vorherzusagen. Insgesamt sind erhebliche positive Effekte für Natur und Landschaft bei Nichtdurchführung der Planung jedoch nicht zu erwarten. Auch nach Realisierung des Regenrückhaltebeckens kann sich eine gleich geartete Vegetation entwickeln, wie bei einer Nichtdurchführung der Planung. Die Standortbedingungen verändern sich nicht grundsätzlich, es sind kaum Flächenversiegelungen vorgesehen. Insofern ist die Entwicklung höherwertiger Biotope nicht zu erwarten.

4. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

4.1 Schutzgut Mensch

Unter dem Schutzgut Mensch sind die Bevölkerung im Allgemeinen und ihre Gesundheit bzw. ihr Wohlbefinden zu subsumieren. Zur Wahrung dieser Daseinsgrundfunktionen sind insbesondere als Schutzziele das Wohnen, die Erholungsfunktion und das Sich-Versorgen zu nennen.

Der Änderungsbereich stellt derzeit eine private Grünfläche/Wiese dar, die künftig als Fläche für die Abwasserbeseitigung in Form eines Regenrückhaltebeckens genutzt werden soll. Sie dient somit der Entsorgung von Niederschlagswasser. Unter dem Schutzziel Sich-Versorgen ist auch die Entsorgung zu fassen. Diese Funktion soll dauerhaft abgesichert werden ; die Fläche dient künftig dem Allgemeinwohl. Auch der östliche Bereich des Plangebietes wird im Hinblick auf das Schutzgut Mensch eine Aufwertung erfahren. So wird hier innerhalb einer öffentlichen Grünfläche ein Fuß- und Radweg angelegt, der Bestandteil eines Naherholungsweges werden soll. Somit erfährt auch die Funktion des Sich-Erholens eine Aufwertung.

Für das Schutzgut Mensch ergeben sich somit keine negativen Veränderungen. Im Gegenteil ist angesichts der Planung eher von positiven Auswirkungen auszugehen, die jedoch insgesamt betrachtet geringfügig sind.

4.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Beim Schutzgut Tiere und Pflanzen steht der Schutz der Arten und ihrer Lebensgemeinschaften in ihrer natürlichen Artenvielfalt und der Schutz ihrer Lebensräume und -bedingungen im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Lebensräume mit besonderen Funktionen für Tiere und Pflanzen und ihre Ausbreitungsmöglichkeiten zu sehen.

Die im Änderungsbereich vorzufindenden Pflanzengesellschaften besitzen keine besondere Bedeutung für die Flora. Es handelt sich vielmehr um eine reine Grünfläche mit Grasbewuchs. Nennenswerte Gehölzstrukturen sind derzeit nur im südlichen Bereich vorzufinden, wobei diese nur zum Teil im Änderungsbereich liegen. Mit Umsetzung der Planung werden 20 standortgerechte Bäume im Planbereich gepflanzt werden, die als Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft fungieren. Dies kann insgesamt als positiver Effekt gewertet werden. Näheres dazu ist dem zugehörigen Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42a zu entnehmen.

Zusätzliche Beeinträchtigungen für besonders schützenswerte Pflanzenarten entstehen durch die Planung nicht. Zudem bietet die Fläche, aufgrund der Pflanzenstruktur, zurzeit keinen besonderen oder attraktiven Lebensraum für Tiere.

Der § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) regelt u. a., dass es verboten ist, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Insofern ist bei der Aufstellung bzw. Änderung von Flächennutzungsplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft zu prüfen, ob gegen das vorgenannte Verbot verstoßen wird.

Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Um zu ermitteln, ob in dem Änderungsbereich besonders schützenswerte, wildlebende Arten von der Planung betroffen sind, wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung zu dem Planvorhaben erstellt. Es ist danach festzustellen, dass sich im Änderungsbereich aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten wohl keine relevanten Fortpflanzungs- und Ruhestätten planungsrelevanter Tierarten befinden. Die reine Wiese ohne besondere Gehölzstrukturen weist kaum Lebensraum für wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten auf. Somit besitzt der Planbereich hinsichtlich der zu schützenden Tierarten sehr wahrscheinlich keine hohe Relevanz.

Nach den bereits durchgeführten Begehungen des Plangebietes für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42a im Hinblick auf den Artenschutz ist festzuhalten, dass

bezüglich der Fledermäuse keine artenschutzrechtlichen Konflikte entstehen. Beim Waldkauz hingegen kann das Vorhandensein eines Ruheplatzes nicht ausgeschlossen werden. Hier ist durch die Aufhängung eines entsprechenden Kastens ein möglicher Konflikt auszuschließen. Ferner wird es noch einen Bauzeiteinausschluss (mit Ausnahmen) in der Zeit von Mitte März bis Ende Juni im Hinblick auf brütende Tierarten geben.

Somit ist insgesamt festzuhalten, dass durch die Planung eine Beschädigung oder Zerstörung von Quartieren (Fortpflanzungs- oder Ruhestätten) der in Steinfurt vorkommenden Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie nicht hervorgerufen wird.

Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen sind nicht zu erwarten.

4.3 Schutzgut Boden

Das Schutzgut Boden besitzt unterschiedlichste Funktionen für den Naturhaushalt, insbesondere als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen. Darüber hinaus sind seine Wasser- und Nährstoffkreisläufe, seine Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften und seine Grundwasserschutzfunktion zu schützen.

Für die unmittelbar im Norden an das Plangebiet angrenzende Fläche wurde 2014 eine Untersuchung des Bodens vorgenommen. Da der Planbereich direkt an diese Fläche angrenzt ist von ähnlichen Bodenverhältnissen im Änderungsbereich auszugehen. Demnach setzt sich der Boden nach einer Mutterbodenschicht aus schluffigen Sanden gefolgt von Lockersedimenten bis Kreidemergel zusammen. Darauf folgt eine Schicht aus humosen Sanden, die als Plaggenesch interpretiert werden kann.

In der Karte der schutzwürdigen Böden, für den Kreis Steinfurt, des Geologischen Dienstes NRW, ist ca. die westliche Hälfte des Änderungsbereiches als Plaggenesch dargestellt, der seiner Archivfunktion besonders schützenswerter ist.

Das Grundwasser steht mit einer Tiefe von 1,25 m bis 4,10 m relativ niedrig unter der Geländeoberkante an, dies ist auf die unmittelbare Nähe der Steinfurter Aa zurückzuführen.

Bei dem zu beurteilten Bereich handelt es sich um eine unversiegelte Fläche. Mit Umsetzung der Planung wird es zu einer Teilversiegelung der Fläche kommen und somit zu einem Eingriff in das Schutzgut Boden. Der Boden wird abgetragen, versiegelt und ein Freiflächenverlust findet statt. Dabei wird es sich jedoch um nur sehr kleine Teilflächen des Änderungsbereiches handeln, die zudem überwiegend wasserdurchlässig ausgestaltet wird. Aussagen hinsichtlich der Abflussregulation sind

schwierig, da ein Regenrückhaltebecken eingerichtet wird. Das heißt, die Abflussregulation des Bodens bzw. Versickerung von Oberflächenwasser wird bewusst verzögert, letztlich aber einem Oberflächengewässer wieder zugeführt.

Störungen des Wasserhaushaltes werden so vermindert, so dass in dieser Hinsicht kaum mit Veränderungen für den Bereich der näheren Umgebung zu rechnen sein wird.

Allerdings gehen andere wichtige Funktionen, wie z.B. die Archivfunktion des Bodens, mit der Umsetzung der Planung verloren. Allerdings gehen andere wichtige Funktionen, wie z.B. die Archivfunktion des Bodens, mit der Umsetzung der Planung verloren. Für den Eingriff in den Bodentypus des Plaggenesch wird jedoch ein (fast vollständig) externer Ausgleich über ein Ökokonto erfolgen. Bei einer Flächengröße von 6.800 qm des Plaggenesch ergibt bei einem Ansatz von 0,3 Punkten je Quadratmeter ein Kompensationsbedarf von 2.040 Punkten. Dies ist das Ergebnis des parallel verlaufenden Verfahrens zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42a.

Im Änderungsbereich sind derzeit keine Bodendenkmäler bekannt. Im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum nördlich angrenzenden Bebauungsplan Nr. 42b ist seitens des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe; Archäologie für Westfalen, darauf verwiesen worden, dass im Bereich der westlich des Änderungsbereiches gelegenen Spedition (Ochtruper Straße 28 - 32) in 1960 römische Münzen gefunden wurden, die Rückschlüsse auf eine germanische Siedlung aus der römischen Kaiserzeit zulassen. Insofern wurden bereits Bodenprospektionen durchgeführt, die jedoch keine verwertbaren Ergebnisse zuließen. Insofern soll nunmehr über Suchschnitte (Baggerschnitte von ca. 2,4 m Breite) geklärt werden, ob im Planbereich oder dem Umfeld eine germanische Siedlung und damit ein Bodendenkmal vorhanden ist. Festzustellen ist jedoch, dass auch bei einem Vorhandensein eines Bodendenkmals der Bau des geplanten Regenrückhaltebeckens selbst nicht in Frage gestellt wird, sondern allenfalls verzögert wird.

Das Ergebnis der Untersuchungen bleibt noch abzuwarten. Diese sind für den Oktober 2014 vorgesehen, so dass das Ergebnis zum Feststellungsbeschluss für die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt werden kann.

Ein Altlastenverdacht besteht für den Änderungsbereich nicht.

Die Planung führt zu Beeinträchtigungen, des Schutzgutes Boden die aber durch gezielte Maßnahmen ausgeglichen werden können.

4.4 Schutzgut Wasser

Auch das Schutzgut Wasser besitzt unterschiedliche Funktionen für den Naturhaushalt, die zunächst in die Teilbereiche Grundwasser und Oberflächengewässer zu

unterscheiden sind. Als Schutzziele sind die Sicherung der Quantität und der Qualität von Grundwasservorkommen sowie die Erhaltung und Reinhaltung der Gewässer zu nennen.

In der Hydrogeologischen Karte NRW ist der gesamte Planungsraum als Grundwasserleiter (Münsterländer-Kiessandzug) mit mäßig ergiebig bis ergiebigen Grundwasservorkommen dargestellt. Wasserschutzgebiete sind im Planungsraum nicht ausgewiesen. Stillgewässer sind im unmittelbar umgebenden Planungsraum nicht vorhanden. Das Plangebiet grenzt jedoch unmittelbar an die Steinfurter Aa. Diese spielt bei der Planung eine bedeutende Rolle, da das angesammelte Niederschlagswasser verlangsamt in die Steinfurter Aa abgeben werden soll.

Durch die Errichtung des Regenrückhaltebeckens wird es zu einer geringfügigen Versiegelung von Flächen kommen. Allerdings wird durch ein Regenrückhaltebecken der Abfluss des Niederschlagswassers verzögert und ein Teil dem Grundwasser wieder zugeführt. Dadurch werden Störungen des Wasserhaushaltes vermindert.

Es ist daher auch nicht mit negativen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Wasser zu rechnen.

4.5 Schutzgut Luft und Klima

Beim Schutzgut Luft und Klima sind die Schutzziele die Vermeidung von Luftverunreinigungen und die Erhaltung von Reinluftgebieten sowie die Erhaltung des Bestandsklimas und der lokalklimatischen Regenerations- und Austauschfunktionen.

Das Burgsteinfurter Stadtgebiet liegt im Klimabezirk Münsterland in der Westfälischen Bucht. Das Klima ist vom atlantischen Einfluss geprägt. Es zeichnet sich durch milde, schneearme Winter und mäßig warme, verhältnismäßig niederschlagsreiche Sommer aus. Kennzeichnend sind die ausgeglichenen Temperaturverhältnisse und langen Vegetationsperioden. Die Hauptwindrichtung ist Südwest. Die mittlere jährliche Niederschlagsmenge liegt bei etwa 720 mm. Die mittlere Lufttemperatur weist einen Jahresmittelwert von 9,5° C auf.

Aufgrund der vorliegenden Situation Steinfurts ist von einer normalen Strahlungsbilanz, ausgeprägten Temperaturamplituden mit relativ starker nächtlicher Abkühlung, nur gering reduzierten Windgeschwindigkeiten und somit einem guten Luftaustausch sowie insgesamt einem günstigen Bioklima auszugehen.

Belastungen des Bioklimas und der Luftqualität ergeben sich aufgrund der Planung nicht. Für den Änderungsbereich bestehen nach dem heutigen Kenntnisstand keine erheblichen Belastungen durch Schadstoffimmissionen, dies spielt bei der Planung eines Regenrückhaltebeckens allerdings auch eine eher untergeordnete Rolle. Auch die

angrenzende Brauerei mit eventuellen Geruchsimmissionen hat keinen Einfluss auf die Planung.

Mit messbaren Auswirkungen auf das lokale Klima und die Luft ist nicht zurechnen. Eine negative Beeinträchtigung von Luft und Klima durch das Regenrückhaltebecken ist auszuschließen. Ebenso wird es nicht zu Beeinträchtigungen für bestehende Nutzungen im Umfeld des Plangebietes kommen.

4.6 Schutzgut Landschaft

Schutzziele des Schutzgutes Landschaft sind zum einen das Landschaftsbild, das es in seiner Eigenart, Vielfalt und Schönheit zu erhalten gilt, und zum anderen die Erhaltung ausreichend großer, unzerschnittener Landschaftsräume.

Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Landschaftsteile mit besonderen Ausprägungen hinsichtlich ihrer Struktur und Größe zu betrachten. Beim Änderungsbereich handelt es sich um eine private Grünfläche. Diese Struktur, einer Freifläche innerhalb dichter bebauter Umgebung, ist zwar in gewisser Weise prägend, aber nicht als erhaltenswert einzustufen. Des Weiteren ist die Umsetzung eines Regenrückhaltebeckens auch nicht mit der Errichtung hoher baulicher Anlagen zu vergleichen, sondern es handelt sich viel mehr um ein Wasserbecken, das sich (unauffällig) in die Landschaft einfügt. Die vorgesehene Pflanzung von 20 Laubbäumen nach den Vorgaben des zugehörigen 3. Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 42a wird den bisherige Charakter des Plangebietes noch unterstützen.

Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Landschaft tritt durch die Planung somit nicht ein.

4.7 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Das Schutzziel für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter besteht in der Erhaltung historischer Kulturlandschaften und Kulturlandschaftsbestandteile von besonders charakteristischer Eigenart, von Stadt-/ Ortsbildern, Ensembles sowie geschützten und schützenswerten Bau-, und Bodendenkmälern einschließlich deren Umgebung, sofern es für den Erhalt der Eigenart und Schönheit des Denkmals erforderlich ist. Die zuvor benannten Elemente sind im Plangebiet selbst nicht vorhanden, eine Beeinträchtigung ist von daher auszuschließen.

Im Westen an den Planbereich angrenzend liegen die in der Denkmalliste der Stadt Steinfurt eingetragenen Baudenkmäler 201 und 202. Eine Beeinträchtigung, durch die Planung eines Regenrückhaltebeckens, ist nicht zu erkennen, die Belange des

Denkmalschutzes sind daher nicht berührt. Hinsichtlich möglicher Bodendenkmäler wird auf das Kapitel 4.3 verwiesen.

Beeinträchtigungen sind für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter nicht zu erwarten.

4.8 Wechselwirkungen

Durch die beabsichtigte 75. Änderung des Flächennutzungsplanes kommt es generell kaum zu Veränderungen bei den Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Schutzgütern. Dies ist damit zu begründen, dass es kaum zu Änderungen bei den Schutzgütern selbst kommt. So wird lediglich das Schutzgut Boden durch die Planung beeinträchtigt. Die Planung stellt einen Eingriff in ungenutzte Flächen dar, auch wenn diese in unmittelbarer Innenstadtnähe liegen.

Positiv ist festzuhalten, dass die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens bei weitem nicht so negative Auswirkungen auf die Umwelt wie andere Planungsobjekte.

5. FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach EU-Vogelschutz und FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich der 75. Änderung des Flächennutzungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 700 m. Angesichts dieses Abstandes, der Planungen und der Schutzziele und Schutzzwecke des FFH-Gebietes wird nicht von einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes durch die Änderung des Flächennutzungsplanes ausgegangen.

6. Beschreibung der umweltrelevanten Maßnahmen

Die Durchführung der Planung macht Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Der Eingriff in das Schutzgut Boden hat relevante Auswirkungen auf die Umwelt, die auszugleichen sind. Der Ausgleich wird über Festsetzungen im zugehörigen Verfahren der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42a sichergestellt. Dies sind die Pflanzung von 20 Laubbäumen im Plangebiet sowie ein externer Ausgleich von 2.020 Punkten.

7. Darstellung der wichtigsten anderweitigen Lösungsvorschläge

Zur vorgesehenen Planung bestehen keine (Standort-)Alternativen, da die zur Gewässerentlastung der Steinfurter Aa notwendigen Maßnahmen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie aufgrund der topographischen und geographischen Lage sowie des zwingenden Anschlusses an die Steinfurter Aa nur an der im Abwasserbeseitigungskonzept geplanten Stelle möglich sind.

8. Zusätzliche Angaben

8.1 Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben liegen insofern vor, dass den ausgeführten Beschreibungen zunächst keine detaillierten Einzeluntersuchungen vorlagen. Die Angaben beruhten daher weitgehend auf bestehende Ortskenntnisse und Besichtigungen. Die Ergebnisse aktueller, vegetationskundlicher Untersuchungen liegen jedoch nunmehr im Entwurf vor. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass es sich um eine Überplanung einer "grünen Wiese" handelt.

Zur Klimasituation und zur Belastung mit Luftschadstoffen sind nähere Untersuchungen nicht erforderlich.

8.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der planbedingten erheblichen Umweltauswirkungen

Da durch die Planänderung keine zusätzlichen Umweltauswirkungen entstehen, ist eine diesbezügliche Überwachung in regelmäßigen Abständen („Monitoring“) nicht erforderlich. Es ist "lediglich" in den ersten Jahren der Wuchs der anzupflanzenden Bäume zu kontrollieren..

8.3 Zusammenfassende Darstellung des Umweltberichts

Mit der 75. Flächennutzungsplanänderung sollen im Wesentlichen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens geschaffen werden. Das gültige Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Steinfurt sieht unter dem Ordnungspunkt 1.1.10 die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens am RÜ B im Stadtteil Burgsteinfurt vor.

Dazu soll der derzeit noch als „Grünfläche“ dargestellte, ca. 1,3 ha große, Bereich als „Fläche für die Abwasserbeseitigung“ ausgewiesen werden. Im Nordosten, die Steinfurter Aa begleitend, verbleibt ein Teil der Darstellung „Grünfläche“, zur

Klarstellung, wird dieses mit dem Symbol für die Zweckbestimmung „Parkanlage“ ergänzt. Das Überschwemmungsgebiet wird der Neuplanung angepasst.

Die geplante Flächennutzung führt zu einer stärkeren Versiegelung und damit zu einer Beeinträchtigung des Bodens. Bei der Planung des Regenrückhaltebeckens wird eine Reduzierung der Versiegelung auf das nötige Maß angestrebt. Positive Effekte sind für das Schutzgut Mensch festzustellen. Ausgleichsmaßnahmen erfolgen innerhalb des Plangebietes in Form von 20 neu zu pflanzenden Laubbäumen für den Eingriff in Natur und Landschaft sowie externer Kompensationsmaßnahmen für die Inanspruchnahme des Plaggeneschbodens.

Steinfurt, den 23. September 2014

Stadt Steinfurt
Der Bürgermeister
In Vertretung

gez. Niewerth
Techn. Beigeordneter